

Vortrag von Peter Decker auf Arab-Theorietag in Berlin

Vorbemerkung: Nationalismus

Der Staat ist die wirkliche Institution, die politische Macht, die diese Gesellschaft ordnet, kontrolliert, wenn man will, am laufen hält. Und den Bürgern die Lebensbedingungen diktiert unter denen sie zurechtkommen müssen.

Nationalismus, und eigentlich schon Nation, ist Ideologie, die Vorstellung des Großen und Ganzen, wo Staat und Gesellschaft als eins gedacht werden. Wo der einzelne Mensch denkt, da bin ich Mitglied, und weil ich dabei bin, bin ich dafür. Also, Nation ist schon eine Ideologie und keine Sache mehr.

Und Nationalismus ist dann schon die Stellung dazu, das parteiliche Dafürsein für diese Ordnung und ihren Staat und das engagierte Hoffen drauf, dass diese Ordnung funktionieren möge, dass dieses Gemeinwesen vorankommen möge, weil man ja als Mitglied desselben davon abhängt.

Deshalb habe ich gemeint, es ist besser man macht erst den Staat und redet dann darüber, was der Nationalismus dazu für eine Stellung ist und was daran so verkehrt ist.

Also jetzt ein bisschen was zum Staat.

Dabei kommt man in der kurzen Zeit nicht über ein paar Prinzipien hinaus, macht aber nichts.

Ist so eine Definition von uns: *Der Staat ist die politische Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft.*

Klingt wie ein einfacher Aussagesatz: ist die politische Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft.

Erste Abteilung ist: *der Staat ist Gewalt.*

Da gibt es gar nicht so viel zu beweisen. Ja was denn sonst? Die Obrigkeit sagt selber: in diesem Staat ist ein Gewaltmonopol für den Staat reserviert. Staat ist nicht nur Gewalt, sondern die einzige, die einzig legitime Gewalt in dieser Gesellschaft. Das sagt er von sich, dem brauchen wir nichts nachsagen. Mit Gewalt wird regiert. In welcher Form?

In der Form, dass die politischen Instanzen, dass das Parlament politische Beschlüsse fasst, die heißen dann Gesetze, wenn sie das Parlament erlässt und diese werden in der Gesellschaft durchgesetzt in der Form, dass mit Polizei und Justiz der Gehorsam gegen sie erzwungen wird. Alles das ist weiter nicht beweisbedürftig.

In einer Gesellschaft, in der es Polizei und Justiz gibt, wo es Gefängnisse gibt, ist doch klar, dass die Ordnung auf Gewalt beruht. Also liegt ein Herrschaftsverhältnis vor. Wo die Gemeinschaft der Menschen mit Gewalt organisiert wird, liegt ein Herrschaftsverhältnis vor. Eine Obrigkeit zwingt die Leute zu etwas, was sie von sich aus nicht wollen.

Anders ausgedrückt, andersrum gesagt. Eine Obrigkeit, die bloß dafür da ist, damit die Leute machen, was sie von sich aus wollen, könnte sich die Mühe des Herrschens sparen. Bloß dafür, dass die Leute machen, was sie wollen, bräuchte man nicht herrschen.

Also in irgendeiner Weise wird ihnen was anderes abverlangt, als sie von sich aus wollen. Also liegt ein Herrschaftsverhältnis vor. Und wenn, wie es heißt, dass man die Leute zwingen muss, dass sie miteinander friedlich verkehren, ja, wenn der Staat

den Frieden mit seiner Gewalt, dem Recht und der Ordnungsmacht, wenn er den Frieden unter den Bürgern erzwingt, so heißt es ja und so ist es ja auch, dann ist das ein Verweis auf eine ganz besondere Verfasstheit der Interessen der Bürger, sodass sie, immer wenn sie diese betätigen, immer automatisch unfriedlich gegeneinander sind.

Das ist aber keine Selbstverständlichkeit, die man voraussetzen darf. Aber wenn wir das weiter verfolgen, dann wären wir bald in der kapitalistischen Ökonomie. Aber das müssen wir ja erst mal fernhalten, denn Gegenstand ist ja jetzt Staat und nicht gleich Wirtschaft.

Der bürgerliche Staat ist Gewalt, ist ein Herrschaftsverhältnis. Das die erste Auskunft. Die zweite Auskunft, und die ist entscheidend wichtig und der größere Stolperstein: Es ist ein Herrschaftsverhältnis, dass auf dem Willen der Untertanen beruht. Das ist eine heikle Sache.

Ja, da kann man sagen, im Rückblick, bei Fürsten und kaiserlichen Herrschaften, da war alles einfach, jedenfalls im Rückblick.

Da kennt man sich aus: Da war ein König, der hat die Macht gehabt und der hat den Menschen Lebensbedingungen aufgezwungen, die nicht den Leuten genutzt haben, sondern ihm. Er hat die Menschen in eine Ordnung gezwungen. Und in der Ordnung haben sie nichts anderes zu tun (6:26) gehabt, als ihm die Grundlage seiner Macht und die Finanzierung seines höfischen Lebens zu verschaffen. Sie sind ausgenutzt worden. Die Obrigkeit übte Macht über die Menschen aus, um sie zu ihrem Nutzen auszubeuten.

Da ist auch klar. Diese Leute haben sich die Obrigkeit irgendwie gefallen lassen müssen. Aber, dass die Obrigkeit auf ihrem Willen beruht hätte, das wird man über den Feudalismus und die Sklavenhaltergesellschaft nicht sagen können.

Ja, die Sklaven sind halt der Übermacht der Sklavenhalter ausgeliefert gewesen. Wenn sie einen Aufstand probiert haben, dann sind sie niedergemacht worden. Diese Herrschaften beruhten nicht auf dem Willen ihrer Untertanen. Das aber ist im modernen Staat so.

Erstmal noch ohne große Beweise, wie es ist, auf das Phänomen hin geblickt. Wenn du die Bürger in unserer Gesellschaft fragst, sie sind für diesen Staat. Wenn die Regierung Wahlen abhält, laufen 90% hin. Und es sind nur deshalb nur 90. weil manche nicht hingehen. Sonst wären es nahezu 100%.

Sie optieren in der einen oder anderen Variante für Leute, die ihnen versprechen, sie wollten diesen Staat verwalten. Einschließlich der Linkspartei. Sie wollen diesen Staat verwalten. Natürlich sagt jeder dieser konkurrierenden Wahlvereine, ich will diesen Staat besser verwalten als die anderen Parteien.

Aber dass sie diesen Staat verwalten wollen, dass sie die Staatsmacht in ihre Obhut nehmen und besser ausgestalten wollen als die anderen, das verspricht jeder der sich wählen lassen will. Und insofern sie dem zustimmen, sind die Bürger wirklich für diesen Staat.

Man kann sich ja zurückerinnern, wer es noch weiß, weiß es noch, den Jüngeren kann man es ja erzählen. Die Erfahrung der RAF in D war die, dass Angriffe, in dem Fall bewaffnete Angriffe, auf Institutionen und Repräsentanten der Herrschaft von den Bürgern als Angriffe auf sich aufgefasst worden sind. In dieser Gesellschaft versagt die Propaganda der Tat.

Die funktioniert nur dort, wo die Menschen sich ohnehin unterdrückt und ausgebeutet vorkommen. Wo also die Leute bloß parieren, weil sie nicht dran glauben, dass was gegen die Staatsmacht geht. Wenn sie glauben, sie können sich nicht dagegen wehren, wenn dann einer kommt und sagt, schaut ich zeige euch mal, man kann sich wehren. Wenn dann einer kommt und zeigt, ich erschieße einen Repräsentanten und dann ist er tot, dann sagen die, ach wenn das so leicht geht, dann machen wir mit.

Aber in dieser Gesellschaft ist es nicht so. Wenn in dieser Gesellschaft ein Politiker erschossen wird, dann gibt es eine Millionendemo und alle braven Bürger sagen, dieser Schuss war auf mich gerichtet. Nicht auf die Herrschaft, die mich unterdrückt. Diesem Faktum muss man erstmal ins Auge sehen, bevor man sich ans kritisieren macht.

Wir leben in einer Welt, da sind die Menschen davon überzeugt, dass sie eine Obrigkeit brauchen, die sie zwingt, untereinander in Frieden zu leben. Man merkt, wie absurd die Welt und die Menschen sind. *Die Obrigkeit, die sie zwingt miteinander in Frieden zu leben, was sie gerne wollen, was sie aber nie tun würden, wenn sie nicht dazu gezwungen würden.*

So stehen die Leute in der Landschaft. Das ist erstmal die Stellung des Bürgers zum Staat. Er weiß, es ist Obrigkeit, er weiß, da werden Gesetze erlassen, an die muss man sich dann halten. Er weiß, dass der den Hammer zu spüren kriegt, wer es nicht tut, wer die Gesetze übertritt. Und er sieht sich nicht unterdrückt, er sieht dadurch sein gesellschaftliches Leben ermöglicht und geschützt.

Es ist eine Herrschaft, die Freiheit verordnet, durchsetzt und schützt. Und diese Herrschaft ist von den Untertanen akzeptiert und gewollt.

Auf diesem Umstand, dass die Herrschaft von den Untertanen gewollt ist, beruht die außerordentliche Stabilität dieser Gesellschaft. Auf diesem Umstand beruht, dass die Linken sich an dieser Ordnung die Zähne ausbeißen.

Wer den Laden umstürzen will, hat nicht nur die Obrigkeit, sondern auch das Volk gegen sich. Dieser Widerspruch ist nicht nur eine praktische Hürde der größten Art, er ist ein theoretischer Stolperstein, mit dem die meisten nicht gut zurechtkommen.

Herrschaft für Freiheit, Herrschaft über Menschen, die von den Beherrschten bejaht wird, ist ein so harter Widerspruch, dass, wenn wir uns die bürgerlichen Äußerungen dazu anhören, also die Sozialkundeführer, die Politikprofessoren usw., dann leugnen sie im Namen der Freiheit die Herrschaft. Sie sagen, wenn die Menschen frei sind, dann könnt ihr ja nicht von Herrschaft reden. Wenn die Menschen die Herrschaft wollen, dann kann man doch

nicht sagen, dass sie beherrscht und unterdrückt werden.

Man kann sich ziemlich sicher sein, dass die Mannschaft, die heute hier versammelt ist, in die Gefahr dieses Irrtums nicht so leicht geraten wird. Da herrscht die gemeinsame Vormeinung, der Staat ist Gewalt, der Staat ist Herrschaft. Das lassen wir uns so leicht nicht abkaufen. Ist ja auch in Ordnung.

Wenn es hier ein Problem gibt, dann mehr das umgekehrte. Dass hier im Namen des Urteils, Herrschaft liegt vor, die Freiheit bestritten wird. Das man diesen widersprüchlichen, schweren Gedanken, eine Herrschaft für Freiheit, dass man den andersherum nicht auf die Reihe kriegt. Die Bürgerlichen leugnen im Namen der Freiheit die Herrschaft.

Die Linken sind mehr in der Gefahr, im Namen der Herrschaft, die sie feststellen, zu sagen, na ja, richtige Freiheit, echte Freiheit, liegt nicht vor. Sie sehen Freiheit nicht verwirklicht, weil Herrschaft. Sie erklären dann die Freiheit zur formellen Freiheit, zum Schein, zum Betrugsmanöver. Sie verstehen ihre bürgerlichen Mitmenschen nicht. Sie halten sie für Knechtaturen, und rufen ihnen zu: Wollt ihr nicht auch endlich frei sein. Dann sagen die alle: sind wir doch!

Eh ich jetzt drüber rede, Freiheit verordnen, was ist das für eine komische Geschichte? möchte ich in dem Zusammenhang noch einen anderen ideologischen Punkt ansprechen.

Wer über die bürgerliche Ordnung redet, ideologisch redet, wer sie lobt, kommt eigentlich nicht aus ohne einen Vergleich. Das Lob findet hier nicht statt, wie gut hier alles ist. So leicht geht das ja auch gar nicht, zu sagen, hier wäre alles so toll. Das Lob der bürgerlichen Gesellschaft findet begeistert durch einen Vergleich mit rückwärts statt. Ja, ja, früher, mal, vorher, da waren die Bürger Leibeigene, heute sind sie freie Menschen. Früher, ja da hat der König, was weiß ich, mal die Jungfrauen nehmen dürfen, wie er wollte. Das geht heute nicht mehr beim Kanzler, oder der Kanzlerin. Usw., usw.

Der Vergleich, die Freiheit ist was gutes, wenn wir sie mit vorbürgerlichen Zuständen vergleichen, ist eine ganz billige Tour des Lobes einer Ordnung, über die man überhaupt nichts Gutes sagen muss, bloß sagen muss, ja, vorher hat es ja noch schlechtere gegeben. Das ist untauglich.

Aber es ist auch nicht nützlich, wenn Linke die bürgerlichen Verhältnisse zu kritisieren versuchen, indem sie Anleihen bei vorkapitalistischen Verhältnissen nehmen. Der moderne Mensch, auch der moderne Proletarier, der Lohnarbeiter, ist kein Knecht. Der will kein Knecht sein, aber er ist es auch nicht. Man kriegt die modernen Verhältnisse nicht zu fassen, wenn man die Metaphern von Herr und Knecht zur Charakterisierung der modernen Welt nimmt. Auch da muss man sich von diesen intellektuellen Instrumenten distanzieren, sagen, nein, wie schaut es denn tatsächlich hierzulande aus.

So, da zu will ich jetzt ein bisschen was zu leisten, zu dem, wie schaut es denn hier aus.

Freiheit ein Herrschaftsverhältnis, das ist ein schwerer Gedanke, habe ich schon gesagt. Fangen wir mal so an: Was heißt frei?

Frei heißt: ich kann tun und machen was ich will. So richtig frei ist der Mensch, wenn er als Einsiedler in der Wildnis lebt. Da stößt er auf keinen anderen Willen in seiner weiten Umgebung und er kann machen was er will, ohne mit irgendjemanden irgendwie zu tun zu kriegen. Freiheit als: was mir in den Kopf kommt, was mein Wille ist, tue ich eben.

In Gesellschaft ist es ja schon eine ganz merkwürdige Geschichte zu sagen: ich tue was ich will. Wenn Menschen in Gesellschaft nach Freiheit rufen, da denkt mal historisch: Geben sie Gedankenfreiheit, Sire! (Schiller)

Wenn Menschen nach Freiheit rufen, dann wird schon deutlich: es ist diese Freiheit des Willens, den man in der Wildnis hat, wenn man allein ist, die ist es nicht. Freiheit, wenn man nach ihr ruft, man gibt es zu, auch wenn Arbeiter sagen, wir wollen Koalitionsfreiheit, wir wollen Gewerkschaften gründen, merkt man: es ist die Forderung nach einer Lizenz, die die Obrigkeit erteilen soll.

Geben sie Gedankenfreiheit, Sire, das richtet sich an den Sire. Wer sagt, wir wollen Koalitionsfreiheit, der richtet sich an Obrigkeit, und sagt, erlaube uns das. Freiheit in Gesellschaft ist immer erst einmal etwas Erlaubtes, was Genehmigtes. Es ist eine Lizenz, die man erteilt kriegt. Und nach der Lizenz ruft man, wenn man Freiheit fordert.

Insofern ist Freiheit von vorn herein ein Verhältnis zu einer herrschaftlichen Macht. Und Freiheit nicht ein Zustand, wo es keine Herrschaft gibt. In Gesellschaft kann Freiheit gar nicht anders existieren als Genehmigung von oben.

Was wird denn dann genehmigt, wenn man es kriegt? Wenn man in einem modernen Staat, wie dem unseren lebt, dann hat man ja Freiheit gewährt bekommen, was hat man denn dann? Was darf man dann?

Du darfst, kriegt man gesagt, aber was darfst du? Tun und lassen was du willst, solange du nicht die Freiheit anderer verletzt. Das sind die sozialkundlichen Grundweisheiten, das hat jeder mal gelernt. Tun und lassen was du willst, solange du nicht die Freiheiten anderer verletzt.

Da wird also etwas definiert vom Staat - jetzt wird es vielleicht etwas philosophisch - von oben, von dem, der die Freiheit gewährt. Es wird bestimmt: In dem Bereich, in dem du an niemanden anderen stößt, gilt dein Wille absolut. Dann aber, wenn du auf wen anderen stößt, dorthin kommst, wo deine Freiheit aufhört und dessen Freiheit beginnt, gilt dein Wille überhaupt nichts mehr, aber der Wille des anderen gilt absolut.

Es ist klar, da wird ein Verhältnis der Menschen untereinander definiert durch Freiheit, das Verhältnis, das da bestimmt wird, heißt: Du kannst und darfst rücksichtslos sein, soweit deine Lizenz reicht, und du hast nichts mehr zu melden, wo deine Lizenz nicht hinreicht. Und wo die Grenzen der Lizenz sind, regeln die Gesetze.

Was darf ein Lehrer mit dem Schüler machen: Darf er ihm eine Ohrfeige geben? Nein. Darf er ihn

blamieren? Ja. Darf er ihm schlechte Noten geben? Ja. Darf er ihn ...?

Alles ist kleinlich geregelt, das ganze Leben ist voll gestellt mit Gesetzen, die immer sagen: Wie weit reicht deine Freiheit, wo hört sie auf. Freiheit ist ein umfassend rechtlich geregeltes Leben. Und es ist nicht das Dementi von Freiheit in dem Sinn, dann gibt es sie gar nicht. Das ist nicht der Beweis: dann ist Freiheit doch ein Betrug oder ein Schein oder so.

Nein, das **ist** Freiheit: ein umfassend rechtlich geregeltes Leben, wo Lizenzen erteilt und Lizenzen begrenzt werden. Jetzt lassen wir das philosophischen mal wieder einen Moment fallen und sagen: Die Freiheit im täglichen Leben ist ja nicht, wie laut drehe ich die Musik auf, obwohl es das auch gibt. Darf ich das? Ja, ich darf, bis die Zimmerlautstärke überschritten wird, und der Nachbar gestört wird in seiner Freiheit, usw., usw.

Die wirkliche Freiheit braucht einen Gegenstand, einen Stoff. Das freie Entscheiden und machen was man will, braucht ein Objekt. Insofern ist die Gewährung von Freiheit überhaupt nicht zu trennen und ist überhaupt nichts anderes, als die Institution von Privateigentum.

Der Stoff über den frei entschieden wird, sind immer Trümmer, Stücke von Welt, produzierte und nicht produzierte Teile der Welt über die ich als Eigentümer ein ausschließliches Verfügungsrecht habe. Und über die ein anderer nichts zu sagen hat, weil sie mir gehören. Die Aufteilung der Welt in: es gehört immer dem einen oder dem anderen. Und wenn es dem einen gehört, dann darf der damit machen was er will und der andere gar nichts.

Freiheit nicht bloß als, welcher Wille wird hier erlaubt, sondern als wirklich praktizierte, ist die Freiheit des Eigentums, ist das eigentümer-mäßige Verfügen über Teile der Welt.

Ein Land, das Freiheit gewährt, gewährt Privateigentum. Da merkt man, wie dumm die Links-Partei, linke Parteien, sind, die sagen: Sozialismus ohne Freiheit, das wäre ein Scheißdreck. Wenn man kapiert was Freiheit ist, dann ist vollkommen klar, dass Sozialismus nicht mit Freiheit zusammen geht.

Freiheit ist ganz was anderes als Menschen regeln ihre Anliegen vernünftig. Freiheit ist das Gegenteil davon. Freiheit heißt, ich verfüge ausschließlich über mich selbst und das, was mir gehört. Das setze ich nur zu meinem Nutzen ein. Was einem anderen gehört, das geht mich nichts an.

Um das noch mal deutlich zu machen: Mit dem Erlass von Freiheit und Privateigentum ist eine bestimmte Form des gesellschaftlichen Lebens definiert. Im weiteren Verlauf heißt das Kapitalismus.

Aber erstmal, fassen wir doch mal ins Auge, was da verordnet ist für die Menschen. Sie leben ja nicht mehr im Wald und jeder ist nicht mehr mir sich allein, sondern sie leben in Gesellschaft und stecken in einer Arbeitsteilung.

Wie schaut die Arbeitsteilung von Privateigentümern aus? Nach wie vor wird ja Arbeit geteilt. Große Fabriken sind eine Form der Arbeitsteilung.

Dass der Bäcker bloß Brötchen backt und der Klempner nur Installationen macht und das ganze dann ausgetauscht wird, ist auch eine Form von Arbeitsteilung.

Aber wie schaut die Arbeitsteilung von Privateigentümern aus? Da teilen sich nicht Menschen die notwendige Arbeit um sie möglichst zweckmäßig abzuwickeln. Sondern in dieser Form der Arbeitsteilung kommt jeder mit seinem Eigentum, mit seinem privaten Beitrag, den er zum Gesamtwerk leisten kann.

Entweder, weil er was hat, was für das Gesamtwerk gebraucht wird, oder weil er seine Arbeit einsetzen kann. Und kämpft mit seinem ausschließlichen Verfügungsrecht, dass er entweder über sich als Person oder über das, was ihm gehört, hat.

Mit dem bemüht er sich um die Erpressung aller anderen, damit sie einen möglichst großen Teil von dem gemeinsam erzeugten Produkt ihm übereignen. Jeder wuchert mit seinem Eigentum.

Es findet eine Zusammenarbeit statt, aber eine Kooperation, die in allseitiger Erpressung besteht. Jeder versucht, die Abhängigkeit der anderen von seinem Beitrag zur eigenen Bereicherung auszunutzen.

Also: die Angewiesenheit der anderen auf meinen Arbeitsbeitrag ist deren Schwäche, die ich benutze, indem ich sage, meinen Beitrag kriegt ihr bloß, wenn ihr mir das und das gebt.

Dann ist auch klar: an dem Grad der Abhängigkeit der Anderen von meinem Beitrag entscheidet sich, wie sehr ich mir die anderen zum Diener für mich machen kann. Die Leute, die was beizutragen haben, was alle beitragen können, da ist von vorn herein klar, die ziehen aus diesem Kampf einen geringen Nutzen. Diejenigen aber, die was beizutragen, was alle brauchen und was keiner hat, die können sich die anderen zum Diener machen.

Lauter Privateigentümer treffen aufeinander und erpressen sich danach, wie sehr bist du auf meinen Beitrag, auf meine Mithilfe, angewiesen.

Noch mal, raus gestiegen einen Augenblick und eine Erinnerung gemacht.

Die bürgerliche Welt denkt sich immer, das Eigentum ist doch gut, weil, dann habe ich einen garantierten Nutzen. So nach dem Muster: Es ist gut, dass es ein Eigentum gibt, denn mein Fahrrad steht vor der Tür, und wenn es kein Eigentum gäbe, womöglich wäre es nicht da, wenn ich damit fahren will. Eigentum ist gut als Bedingung des Nutzens. Und das ist auf der einen Seite eine Wahrheit in dieser Gesellschaft.

In einer Gesellschaft, wo alles Eigentum ist, da ist wirklich der Rechtstitel Besitzen die Vorbedingung, dass ich Fahrrad fahren kann. Aber dafür, dass ich Fahrrad fahren kann, gibt es die Institution des Eigentums nicht.

Die Vorstellung, das Eigentum wäre eine gute Bedingung dafür, das ich eine Sache benutzen kann, geht an der Sache insofern vorbei, als das Eigentum seinen eigentlichen ökonomischen Reiz dann entfaltet, wenn ich etwas besitze, das ich selbst gar nicht benutzen will, aber das die anderen brauchen.

Das, was ich selber benutzen will, so nach dem

Motto, das Wurstbrot, was ich esse, kann bloß ich essen. Da liegt es ja schon in der Natur des Gebrauchswerts drin, dass er ausschließlich ist. Aber für dieses Ausschließen, da bräuchte es keine Rechtsordnung, die da darauf aufpasst.

Umgekehrt, in einer Welt, wo alles Eigentum ist, ist sogar das Wurstbrot manchmal umstritten. In Situationen absoluter Not, da ist es dann mal umstritten.

Aber an und für sich, dafür, dass der, der etwas benutzen will, es benutzen kann, dafür ist das Eigentum nicht da. Das **Eigentum** ist dafür da, dass jemand ein ausschließliches Verfügungsrecht über Dinge hat, die er selbst gar nicht benutzen will. Der, weil er sie selber gar nicht benutzt, einen ökonomischen Nutzen daraus ziehen kann.

Da gibt es beim alten Hegel wunderbare Stellen, der sagt immer, ja da meinen die Leute, der Acker soll dem gehören, der drauf anbaut. Das mag schön und gut sein, aber mit Eigentum hat das in Wirklichkeit im Grunde nichts zu tun.

Denn der Witz am Eigentum ist, dass der Acker einem gehört, der nicht darauf anbaut. Dann erst entfaltet das Eigentum eine ökonomische Wirksamkeit. Nämlich: Andere, die meinen Acker brauchen, lasse ich erst auf meinen Acker, wenn sie erst einmal für mich arbeiten und erst dann für sich. Wenn sie erst einmal mich bereichern und erst dann die für sie notwendige Arbeit abwickeln.

Insofern ist die Vorstellung, jetzt mal zusammengeschlossen: Freiheit ist die politische Form, die rechtliche Form des Eigentums. Und Privateigentum ist die Rechtsform in der die Bürger als kapitalistische Konkurrenzsubjekte definiert sind und mit ihrem Eigentum versuchen, sich andere zu Diensten zu machen. Andere zur Dienstbarkeit für sich zu erpressen.

Dann ist natürlich klar: Derjenige, der vom Eigentum viel besitzt, dem die Produktionsmittel gehören, die alle anderen brauchen, wenn sie für sich nützliche Arbeit verrichten wollen, derjenige kann alle anderen erstmal zum Diener seiner Bereicherung machen, ehe die für sich arbeiten können.

Und derjenige, der bloß seine Arbeit anbieten kann, wie Millionen andere auch, auf den die Gegenseite vielleicht prinzipiell, aber im Einzelfall herzlich wenig angewiesen ist, derjenige ist angesprochen, aus dem wird nie etwas, obwohl er den ganzen Tag arbeitet.

Es ist die Welt von Freiheit, Eigentum und Kapitalismus. Das ist ein und dasselbe.

Deswegen ein kleiner Blick auf das Einladungsflugblatt: Es ist eine Schwäche, dass da steht, der Staat richtet die Rahmenbedingungen für die kapitalistische Gesellschaft, ein, und dann geht es über Warenwirtschaft weiter und weiter unten auf der Seite steht: Und eine weitere Neuerung im Kapitalismus war die Freiheit.

Das darf man nicht auseinander nehmen. Man kann nicht sagen, der Staat richtet Warenwirtschaft ein und außerdem manchmal und spät auch noch Freiheit. Freiheit, die wirtschaftliche Freiheit, ist

Jetzt komme ich noch zu 2 weiteren Punkten.

Das zweite große Prinzip des bürgerlichen Staats ist die **Gleichheit** der Bürger. Freiheit und Gleichheit. Zur Freiheit habe ich einiges gesagt.

Auch Gleichheit ist ernst zu nehmen. Da fährt man nicht gut, zu sagen, dass wäre Betrug, keine eigentliche Gleichheit, keine wirkliche Gleichheit. Auch da muss man sagen: Gleichheit, ja, die einzige Gleichheit, die es überhaupt gibt, richtet der Staat ein. Er definiert keine Untertanen allesamt als gleichermaßen freie Bürger, die dem Recht unterworfen sind.

Hier fällt jedem natürlich ein: Es gibt Arme und Reiche. Klar, der Witz ist, davon abstrahiert der Staat. Aber Gleichheit, auch in jeder anderen Hinsicht, ist immer eine Abstraktion.

Versteht ihr, wenn ich sage: da ist ein Rothaariger, dort ein Schwarzhaariger, die sind gleich, dann abstrahiere ich zumindest von der Haarfarbe. Da ist ein Mann und da eine Frau, da ein kleiner und ein großer, ein schwacher und ein kräftiger Junge, wenn die für mich Gleiche, hier Menschen, sind, dann abstrahiere ich von den Unterschieden. Wenn mir die Unterschiede wurscht sind, dann sind sie gleich.

Es kann gar nicht anders gehen, als dass Gleichheit eine Abstraktion ist. Der Staat abstrahiert, wenn er die Bürger als gleiche behandelt, von der sozialen Stellung, die die haben, und er abstrahiert von der Verfügungsmacht über Eigentum, die sie besitzen.

Wer gar nichts hat ist genauso ein freier Bürger wie der, dem die Millionen und die großen Konzerne gehören. Und wie schon gesagt, nicht gleich meinen: Betrug, sondern sagen, ja, das ist die Rechtsform, in der die Obrigkeit mit ihren Bürgern verkehrt. Es wird abstrahiert von den Unterschieden, und es wird gesagt, rechtlich seid ihr gleich, und ob ihr arm oder reich seid, ist eure Privatangelegenheit. Interessiert den Staat nicht.

Diese Art Abstraktion, die den reichsten Kapitalisten mit dem ärmsten Schwein gleichsetzt, die gerade sagt, da mischt sich der Staat nicht ein, ist eine besondere Härte.

Der Staat hat bloß die Aufgabe, alle vor dem Recht gleich zu behandeln. Alle haben ihre Lizenz und die Grenzen ihrer Lizenz. Also auch, was der Kapitalist mit dem Arbeiter anstellen darf, ist geregelt. Er darf ihn für sich arbeiten lassen. Er darf ihn nicht 24 Stunden für sich arbeiten lassen. Er darf ihm einen Billiglohn bezahlen. Er darf ihm nicht den ausgemachten Lohn nicht bezahlen. Usw., usw..

Was der Arbeiter muss, ist auch geregelt. Sie sind gleichermaßen dem Gesetz unterworfen. Und gerade dadurch, dass sie gleichermaßen unterworfen sind, und der Staat sich nicht reinmisch in arm und reich, gerade dadurch setzt er die ökonomische Erpressungsmacht des Eigentums so richtig frei. Gerade dadurch verweist er alle Leute auf die ökonomische Abhängigkeit von den herrschenden Interessen.

Insofern ist mit der Gleichheit ja was Interessantes passiert. Es ist eine moderne Errungenschaft des Staates.

Noch vor hundert Jahren in D, im Kaiserreich, war die Gleichheit der Bürger nicht wirklich verwirklicht. Vielleicht vor dem Gesetz, auch der arme Mann konnte ein Gericht anrufen. Da war natürlich das Problem, ob er die Gerichtskosten tragen kann.

Aber jedenfalls nicht verwirklicht, was die Wahl betrifft. Da haben die Besitzenden das 3-, 5- 17-fache Stimmgewicht der einfachen Leute gehabt. Da war der Staat noch der Staat der besitzenden Klasse.

Jetzt müsst ihr mal sehen: Der moderne Staat ist wirklich der Staat aller seiner Bürger. Alle Bürger sind gleich vor dem Gesetz und haben als Stimmbürger one man, one vote. Der Hammer ist, im modernen Staat sind die Besitzenden, die Kapitalisten im engeren Sinn, eine verschwindend kleine Minderheit. Politisch gesehen haben sie eigentlich keine Chance, ihre Anliegen durchzusetzen. Die setzen sich ganz anders durch.

Gerade dadurch, dass alle Bürger durch die Freiheit des Eigentums auf die ökonomische Macht verwiesen sind, wird das Kapitalinteresse zum allgemeinen Interesse der Gesellschaft gemacht.

Nicht dadurch, dass die Kapitalisten die größte Macht in der Politik haben, sondern gerade dadurch, dass sie auch bloß irgendwelche Bürger sind, aber alle Bürger wissen, dass ihr Erwerb davon abhängt, dass die Kapitalisten einen Bedarf an Arbeitskräften haben.

Jetzt leben wir in einer Welt, in der ist es völlig wurscht, da kann man die Arbeiterpartei wählen. Die Abhängigkeit vom Kapital ist die Grundlage dafür, dass das Kapitalinteresse als allgemeines Interesse in dieser Gesellschaft anerkannt wird. Und zwar durchaus anerkannt wird von denen, die nicht Kapitalisten sind.

Dann wählen wir eine Arbeiterpartei, und was sagt sie? Wenn es keine Konjunktur gibt es keine Arbeitsplätze, gibt's keine Löhne, also liebe Wähler, liebe proletarische Wähler, ihr müsst einsehen, dass nichts wichtiger ist, als die Geschäfte der Kapitalisten voranzubringen.

Und das nicht in der Form, dass die Kapitalisten das Kommando in der Politik ausüben, sondern, weil die Politik mit dem Setzen der Freiheit und der Gleichheit alle auf die ökonomische Erpressungsmacht, auf die ökonomische Macht des Kapitals verpflichtet und damit wirklich das Kapitalinteresse zum allgemeinen Interesse der Gesellschaft macht, obwohl die vielen normalen Leute nicht das Kapitalinteresse als ihr Interesse haben, sondern vielmehr dem dienen müssen. Und zwar zu ihrem Schaden.

Die politische Macht verlässt sich auf diese Sorte Erpressung, das ist die politische Seite der Freiheit. Man kann Parteien gründen, man kann sagen, ich möchte den Staat anders verwaltet haben.

Die Obrigkeit verlässt sich darauf, dass die Bürger ihre Abhängigkeit von der Konjunktur der Wirtschaft – wie es so ausgedrückt wird - anerkennen. Dass alle politischen Alternativen bloß solche sind, die sich nur darum drehen, wie organisiert man diese Abhängigkeit besser, wie bringt man die Nation, das Ganze, besser voran. Dass sich alle Alternativen um diese Frage herumranken, darauf verlässt sich die Politik.

Und nur in Staaten, in denen die Arbeiterklasse ihre Abhängigkeit vom Kapital als ihre Lebensbedingung auch anerkannt hat, gibt es Freiheit und Demokratie in der vollendeten Fassung. Sonst kann die kapitalistische Gesellschaft nur als Diktatur, dann aber auch als parteiliches Instrument derer, die die wirtschaftliche Macht haben und sich die Staatsmacht kaufen, funktionieren. Aber das sind vom Standpunkt unseres Staats, der EU, der Amerikaner aus, sind das die schwachen Staaten, die nicht gut funktionieren.

Wichtiger letzter Punkt.

Zustimmung der Bürger zum regiert werden, der Bürger zu ihrer Ordnung, macht Gewalt von oben überhaupt nicht überflüssig. Nicht, wenn die alle sagen: ist uns recht, dann braucht ja keiner Gewalt auszuüben, sondern die Gewalt beherrscht den Alltag der bürgerlichen Gesellschaft.

Nicht in der Form, dass überall Rebellion unterwegs ist und Emanzipationsbewegungen niedergeschlagen werden müssten. Das kommt relativ selten vor. Wo die vorkommen, wird es auch gemacht.

Aber die normale Gewalt, **die alltägliche Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft**, die ist deswegen nötig, und wird nie überflüssig, weil die Obrigkeit mit dem Eigentum das Recht in die Welt gesetzt hat: wuchere mit der Macht, die du mit deinem Eigentum auf andere ausüben kannst.

Mit dieser Lizenz setzt die Obrigkeit einen Kampf in Gang. Oder ins Recht. Einen Konkurrenzkampf, wo der eine seinen Nutzen in einer Weise erfolgt, dass der Schaden des anderen unmittelbar damit verbunden ist. Man merkt es unmittelbar beim Kampf um den Preis.

Kampf um den Preis heißt immer, ich verkaufe so teuer wie möglich. Und von der anderen Seite her, ich zahle so wenig wie möglich. Mein Nutzen ist umso höher, je größer der Schaden des anderen ist. Wenn ich jemanden zwingen kann, einen hohen Preis zu zahlen, dann habe ich gute Geschäfte gemacht. Und der andere hat viel abdrücken müssen.

Der Kampf um den Preis der Arbeit ist dann unmittelbar der Kampf um: wie leben die Menschen.

Und dieses Freisetzen eines feindlichen Konkurrenzkampfs, das Freisetzen einer Nutzenverfolgung, die in der Schädigung der anderen besteht, dieses Freisetzen verlangt an jeder Stelle, dass auch gleichzeitig auf die freigesetzten Konkurrenzgeier aufgepasst wird. Denn jeder überschreitet in der Schädigung der anderen die Grenzen, die nötig sind, damit dieser Kampf aller gegen alle auch aufrecht erhalten bleibt. Wenn man diese freigesetzten Privatsubjekte ohne Bewachung ließe, dann gäbe es Null-Komma-Nix einen Bürgerkrieg.

Das kennt man ja auch, das ist eine wundervolle Geschichte: da ist einmal in New York der Strom ausgefallen.

Und mit dem Strom ist natürlich die Handlungsfähigkeit der Polizei ausgefallen. Und überhaupt die Präsenz der Staatsmacht. Es war eine Nacht des Ladenausraubens. Die Ordnung war zusammengefallen. Wenn da nicht dauernd drauf aufgepasst wird, dann hält das einfach nicht.

Also ist die Gewalt, die dauernd nötig ist, die ist gar nicht die Gewalt zur Niederschlagung von Aufständischen, oder in den seltensten Fällen. In der Regel ist die Gewalt die, wo Bürger in der Ausübung ihrer Freiheit über die Stränge schlagen. Dass sie im Kampf gegeneinander weitergehen, als es funktional für das Gemeinwesen ist.

Dann setzt der Staat Schranken und sagt: ihr dürft die Arbeiter ausbeuten. Aber nach 8 Stunden ist Schluss. Außer es gibt Überstunden, dann ist nach 10 Stunden Schluss. Außer es ist ein Sonderfall, dann ist nach 12 Stunden Schluss. Usw.. Aber es ist alles geregelt, und es gibt für alles eine Ordnung. Und umgekehrt, es gibt für alles auch einen Preis.

Und diese Gewalt ist die übliche Gewalt, die täglich wirkt und werkt, in allen Transaktionen der Bürger. In alles ist das Recht involviert, immerzu hat, was die Menschen untereinander treiben, Rechtsform. Sogar das Sexualeben, das unter dem Namen Privatsphäre läuft und niemanden was angehen soll, hat detaillierte rechtliche Regelungen. Noch nicht einmal verheiratet musst du dafür sein.

Für alles gibt es eine Regelung. Und immer passt der Staat drauf auf, ob die Leute sich auch an die Schranken halten. Und es ist noch nicht mal so, dass der Staat mit seinen Spitzeln und Polizeiaufpassern immer hinterher sein muss.

Sondern dieses drauf auspassen, das ist der Alltag der Bürger selber. Jeder ruft gleich nach dem Staat. Das Leben der Bürger, ihr Verkehr untereinander ist einer, den wissen auch sie als von Gewalt geregelt.

Jeder versucht, die Hilfe der Gewalt auf seine Seite zu ziehen, gegen die anderen. Die Bürger versuchen, sich in ihrem Verkehr gegeneinander der Gewalt zu bedienen.

Da kommt der Vermieter und sagt, ich muss die Miete erhöhen - der sagt: ich muss; nicht: ich will sie erhöhen, dann verdiene ich mehr – wissen sie, ich muss die Miete erhöhen. Andere erhöhen sie auch, also muss ich.

Die Frage vom Mieter ist gleich: darf der das? Sofort ist es die Frage: und was ist die Rechtslage? Darf der das? Ja, wenn der es darf, dann muss ich es mir bieten lassen. Wenn der das nicht darf, dann gehe ich zum Staat. Da gibt es den Mieterverein, der regelt das für mich. Ich rufe also den Staat an. Und der sagt, der darf das oder der darf das nicht. So ist die Gewalt im täglichen Verkehr drin.

Alle Streitereien werden in letzter Instanz, egal ob die Polizei aufmarschieren muss oder nicht, in letzter Instanz durch Gewalt entschieden.

Nämlich durch den Spruch des Rechts, wie weit die Lizenz des einen in der Schädigung des anderen reicht und wo sie aufhört.

Deswegen auch noch einmal wichtig: dass Gewalt dauernd nötig ist, ist kein Index des Aufstandswillens der Bürger.

Ein Dieb ist kein Kritiker des Eigentums. Ein Dieb nimmt sich was, was ihm nicht gehört. Und zwar, weil er es sich aneignen will. Der hat was für das Eigentum übrig, wenn es dann bei ihm gelandet ist. Eine Kritik des Eigentums ist ganz was anderes als dass man einem anderen was wegnimmt.

Der meiste Gewaltaufwand in unserer Gesellschaft findet statt, um Rechtbrüche zu ahnden und damit den Respekt vor der Rechtsordnung aufrecht zu erhalten. Nicht um Aufständische niederzuschlagen. (48:45) Herrschaft und gewalt-mäßige Ordnung ist erforderlich, aber nur selten gegen einen Willen zum Aufstand. Dass Gewalt ausgeübt wird, darf man nicht gleich umgekehrt zum Index nehmen, sie sei es wegen schlummernder, oder beginnender, oder laufender Rebellion. Gewalt ist hier der Alltag. Und nicht: Gewalt gibt es nur, wenn Leute sich gegen die Ordnungshüter wehren.

Der bürgerliche Staat ist ja ein dickes Buch. Und dies war jetzt ein kleines, erstes Kapital daraus. Ich habe einige Prinzipien deutlich machen wollen, von denen ich meine, die würden hier in der Runde gut nützen. Ich bin hier fertig. Reden wir darüber.

PS: Der Vortrag kann im MP3-Format herunter geladen werden von der Seite: www.kk-gruppe.net.

Weitere Vorträge und Schriften gibt es unter: www.farberot.de

(Nicht aus dem Vortrag von Peter Decker:)

Eine Schlussfolgerung

„Mit den beständig beschworenen demokratischen Prozeduren gesteht der bürgerliche Staat ein, dass seine politische Herrschaft vom Willen der Unterworfenen abhängt, die Bürger also über alle Mittel verfügen, ihn überflüssig zu machen.

Zugleich nimmt dieser Staat auf den freien Willen nur soweit Rücksicht, wie dieser als Abstraktion von den materiellen Interessen auftritt. Damit liegt der Fortschritt der Demokratie gegenüber allen früheren Staatsformen darin, dass sie den Willen der Untertanen für die Vermehrung des Reichtums, von dem sie nichts haben, einsetzt.

Deshalb führt der *ökonomische Kampf* der Lohnarbeiter zum *politischen Kampf gegen* den Staat, während der politische Kampf um staatliche **Alternativen** den ökonomischen verhindert und mit dem Staat die Ausbeutung erhält - so oder so!“ (Der bürgerl. Staat, S.108, GegenStandpunkt-Verlag 1999)